



Mit ihrer Mahnwache am Brandenburger Tor haben sich die Handwerksfrauen bei den Politikern wieder in Erinnerung gebracht

Handwerkerfrauenproteste gehen weiter

Politik hält Zusagen nicht ein

Regelmäßig haben wir in der SBZ über die Protestaktionen der couragierten Handwerkerfrauen berichtet. Die zugesagte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Handwerksbetriebe ist die Bundesregierung bisher schuldig geblieben.

Mehr als eineinhalb Jahre sind vergangenen, seit Handwerksfrauen aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ihren Hungerstreik am Brandenburger Tor beendet haben, mit dem sie von der Politik Maßnahmen zum Schutz des Handwerks vor Zahlungsverweigerung

und anderen kriminellen Machenschaften forderten. Bei einem Gespräch im Kanzleramt hatte Staatsminister Martin Bury zugesichert, daß Experten den Sachverhalt prüfen und vom Bundeswirtschaftsministerium notwendige Konsequenzen gezogen würden. Monika Schönemann, mit ihrem Mann Opfer eines durch Zahlungsausfälle verursachten Konkurses ihrer Heizungsfirma, warnte damals davor, die Zusagen nicht einzuhalten: „Wir kommen wieder.“ Seit Anfang Juni dieses Jahres sind die Frauen mit einer Mahnwache wieder am Brandenburger Tor. Denn weder der im Bundeshaushalt 2001 aufgelegte Hilfsfonds für unschuldig in Not geratene Handwerker in Höhe von fünf Millionen Mark noch das vor einiger Zeit erlassene Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen packen das Übel an der Wurzel. „Außer Spesen nichts gewesen“, sagen die Handwerksfrauen am Brandenburger Tor, die keine neuen Kredite, sondern das ihnen zustehende Geld haben wollen.

Unternehmensberater zocken Großteil des Hilfsfonds ab

In ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage schätzte die Bundesregierung ein, daß sieben der acht Initiatoren des Hungerstreiks geholfen werden konnte. Dafür wurden rund 30 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch genommen. Insgesamt gingen bei der Deutschen Ausgleichsbank (DtA), der die Abwicklung des Hilfsfonds übertragen worden war, 154 Hilfeersuchen ein, denen in der Mehrheit durch „intensives Krisenmanagement“ entsprochen wur-

de. Mit Stand vom März 2002 flossen 1,3 Millionen Euro in Forderungsankauf, 198 000 Euro in Haftungsfreistellungen und 227 000 Euro in weitere Beteiligungen. Aber: 32 Unternehmensberater kassierten insgesamt 355 799,94 Euro an Honoraren. Dazu die Bundesregierung: „Die Beratung und Betreuung der Initiatoren des Hungerstreiks wurde dabei auf Grund der besonderen Bedeutung und des außergewöhnlichen Aufwands einer erfahrenen Beraterkanzlei allein übertragen, die daher den größten Teil der Beraterhonorare erhielt.“ Dazu die andere Seite: Eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Steuerberater. Im Haushalt 2002 wurde der Hilfsfonds nicht mehr aufgelegt.

Problem weiterhin ungelöst

Von den Betroffenen wird die Situation kritisch eingeschätzt. Sie erkennen die Erste-Hilfe-Leistung der Bundesregierung an, vermissen aber eine grundsätzliche Lösung des Problems. Monika Schönemann fordert vom Rechtsstaat Gesetze, die von vornherein verhindern, daß der Handwerker um jede unbezahlte Rechnung kämpfen muß. „Wenn ich durch Betrügereien nicht in der Lage bin, meinen Verpflichtungen nachzukommen, trifft mich die volle Härte des Gesetzes“, stellte Monika Wieske aus Wittstock fest. „Ich werde quasi per Gesetz kri-



Monika Wieske aus Wittstock, eine der Teilnehmerinnen am Hungerstreik, erinnerte daran, daß das Problem Zahlungsverweigerung noch immer nicht an der Wurzel gepackt worden ist



Monika Schönemann aus Erfurt gehört zu den Opfern der kriminellen Machenschaften von Bauunternehmen. Sie forderte dafür zu sorgen, daß das Handwerk nicht um jede unbezahlte Rechnung kämpfen müsse

minalisiert.“ Schufa-Einträge, Verweigerung der Unbedenklichkeitsbescheinigung, Verlust der Altersversorgung und Zwangsversteigerung von Haus und Hof seien mögliche Folgen. „Wir wollen keine Almosen, sondern unser Recht“. Staatsminister Bury



Nichts habe sich seit dem Ende des Hungerstreiks geändert, stellte Burkhard Wenkel, Fachgemeinschaft Bau Berlin Brandenburg, fest. Die Sparpolitik werde vor allem auf dem Rücken des Mittelstandes ausgetragen

habe sein Wort nicht gehalten, die Bundesregierung ein Gesetz erlassen, das seinen Namen nicht verdient. Die Zahlungsmoral ist nach wie vor katastrophal, wobei auch die öffentliche Hand keine Ausnahme macht, Korruption und Bestechlichkeit eher die Regel als die Ausnahme. Nur neun Prozent aller verausgabten Fördermittel entfallen auf das Handwerk. Damit werde der Artikel 56 des Grundgesetzes mit Füßen getreten, der Gerechtigkeit gegen jedermann zur Voraussetzung für den inneren Frieden in Deutschland mache.

Zu wenig Unterstützung aus den eigenen Reihen

In einer Kundgebung Ende Juni ließen es die Vertreter von Parteien und Verbänden nicht an deutlichen Worten und gutgemeinten Ratschlägen. fehlen. Die Regierung bekundete ihr Desinteresse durch Nichtteilnahme. So wurde bei Konkursen die Einführung des Schweizer Modells vorgeschlagen, das den Forderungen von Bau- bzw. Handwerksbetrieben Priorität gegenüber den Forderungen der Banken einräumt. Von Eigentumsvorbehalt bis zur Bezahlung der Rechnung, Abschlagszahlungen bei sich über größere Zeiträume erstreckende Bauvorhaben und Sollsteuerabzug erst nach Bezahlung der Rechnung war die Rede. Die Aufnahme des Hilfsfonds für in Not geratene Handwerker in den Haushalt 2003 soll beantragt werden. Als Schritt in die richtige Richtung werteten Redner die von Wirtschaftsminister Müller vorgeschlagene Gewährung von Darlehen bis 25 000 Euro ohne Sicherheiten, die allerdings auf die Zahlungsmoral nicht den geringsten Einfluß hat.

Was die Veranstalter mit Bedauern konstatierten, war die Tatsache, daß der Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung gegen Unternehmenswillkür im Handwerk weitgehend ungehört verhallt war, so daß sich der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft bei der nächsten Gelegenheit als Mitveranstalter anbot. Wer an diesem Junitag das Fähnlein der sieben Aufrechten am Brandenburger Tor gesehen hat, wird in der Überzeugung bestärkt worden sein, daß es dem Handwerk ja eigentlich gar nicht so schlecht gehen kann, denn sonst würden mehr Handwerker und Handwerkerfrauen für ihre Rechte kämpfen. str